

3.4.2.2 Des Weiteren unterstützt der EWSA den Vorschlag des Ausschusses für konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments, die Ratifizierung so weit wie möglich um ein symbolisches Datum (etwa den 8. bzw. 9. Mai) zu konzentrieren.

3.4.3 Der EWSA spricht sich folglich für eine aktivere Mitwirkung der EU-Institutionen bei der Erarbeitung und Umsetzung der Kommunikationsstrategie zum Verfassungsvertrag

aus. Es ist wichtig, ergänzend zu den Mitgliedstaaten tätig zu werden und den Bürgern von Europa aus ein starkes und positives Signal zu geben.

3.4.4 Der EWSA erklärt sich seinerseits bereit, der europäischen Zivilgesellschaft klare Botschaften zu den demokratischen Fortschritten des Verfassungsvertrags, insbesondere zur Unionsbürgerschaft und zur Partizipation zu übermitteln.

Brüssel, den 28. Oktober 2004

Die Präsidentin  
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses  
Anne-Marie SIGMUND

### **Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Umweltschutz als wirtschaftliche Chance“**

(2005/C 120/24)

Mit Schreiben des Staatssekretärs für europäische Angelegenheiten, Atzo NICOLAÏ, vom 22. April 2004 ersuchte der damalige künftige niederländische Ratsvorsitz den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss gemäß Artikel 262 des EG-Vertrags um eine Stellungnahme zum Thema: „Umweltschutz als wirtschaftliche Chance“.

Die mit den Vorarbeiten beauftragte Fachgruppe Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Umweltschutz nahm ihre Stellungnahme am 21. September 2004 an. Berichterstatter war Herr BUFFETAUT.

Der Ausschuss verabschiedete auf seiner 412. Plenartagung am 27./28. Oktober (Sitzung vom 28. Oktober) mit 130 gegen 2 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen folgende Stellungnahme:

#### **1. Einleitung**

1.1 Mit Schreiben vom April 2004 ersuchte der damalige künftige niederländische Ratsvorsitz den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss um eine Sondierungsstimmung zum Thema „Umweltschutz als wirtschaftliche Chance“. Der niederländische Ratsvorsitz möchte sich vordringlich mit der für alle Beteiligten vorteilhaften Möglichkeit beschäftigen, dass Fortschritte im Bereich der Umweltschutztechnologien und des Umweltschutzes dazu beitragen können, die wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele der Lissabon-Strategie zu erreichen.

1.2 Der Europäische Rat von Lissabon setzte sich im Jahr 2000 nur am Rande mit dem Thema Umweltschutz auseinander, obwohl er der Europäischen Union äußerst ambitionierte Zielsetzungen vorgab: „Die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen — einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“. In dieser Formulierung weist jedoch — von der Verwendung des Begriffs „dauerhaft“ einmal abgesehen — nichts auf die nachhaltige Entwicklung hin.

1.3 Erst zwei Jahre später traf der Europäische Rat jene Entscheidungen, die zum Beschluss der „Strategie für nachhaltige Entwicklung“ führten. Diese stellt somit eine Ergänzung der Lissabon-Strategie dar.

1.4 Kann man nun aber tatsächlich sagen, dass der Umweltschutz fester Bestandteil der Lissabon-Strategie ist? Die anhaltende wirtschaftliche Schwäche in einigen Mitgliedstaaten der EU führte dazu, dass dem Wirtschaftswachstum und der Schaffung neuer Arbeitsplätze oberste Priorität zugemessen wurde. Getreu dem Sinnspruch der alten Römer — „primum vivere, deinde philosophare“ — wurde der Umweltschutz auf den zweiten Rang verwiesen. Hier stellt sich jedoch die Frage, ob dieses geradezu lebenswichtige Thema ausschließlich den Fachleuten überlassen werden sollte oder ob es nicht vielmehr uns alle angeht.

1.5 Gleichzeitig äußerten viele europäische Wirtschaftstreibende aber ihre Besorgnis darüber, dass die Europäische Union — und insbesondere die Kommission — offensichtlich gewillt sind, im Bereich des Umweltschutzes auf internationaler Ebene im Alleingang vorzupreschen und die Vorreiterrolle zu übernehmen.

1.6 Die Absicht, das Kioto-Protokoll umzusetzen, auch wenn es von den wichtigsten Wettbewerbern nicht ratifiziert würde, ließ mancherorts in europäischen Wirtschaftskreisen die Emotionen hoch gehen. Man sah darin eine gefährliche Naivität, die der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft, die dem steigenden Wettbewerbsdruck auf den globalen Märkten standhalten müsse, massiven Schaden zufügen könne. Andere waren der Ansicht, dass die Ziele von Kioto dazu beitragen könnten, zu einer größeren Effizienz bei den Herstellungsverfahren, der Kostenreduzierung, der Schonung von Energie- und Rohstoffressourcen und so zu einem Anstieg der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit Europas zu gelangen. Es ist demnach eine Diskussion im Gange, die durch konkrete Beispiele untermauert werden sollte.

1.7 Die chemische Stoffe verarbeitende Industrie wiederum war wegen des Vorschlags für die Registrierung, Bewertung und Zulassung chemischer Stoffe (REACH) besorgt, wobei insbesondere die Studie zur Folgenabschätzung der Kommission heftig kritisiert wurde.

1.8 Die hier geäußerte Besorgnis und Kritik darf nicht einfach vom Tisch gewischt werden. Sie richtet sich nicht gegen die Prinzipien und die Umweltpolitik per se. Sie rührt vielmehr von der Überzeugung her, dass es einen Widerspruch gibt zwischen den notwendigen Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum und für Beschäftigungszuwachs sowie der derzeitigen Praxis einerseits und den Umweltschutzbestrebungen andererseits, die sich in einer die Realität des wirtschaftlichen Wettbewerbs verleugnenden Überregulierung niederschlagen. Die Geringerschätzung der entsprechenden Mechanismen, der Prozessentwicklung und der Strategien für deren Umsetzung sowie das schlechte Management in diesem Bereich scheinen die Ursachen der Probleme zu sein.

1.9 Gleichzeitig münzen aber manche Unternehmen, darunter auch sehr große, sowie ganze Wirtschaftszweige die Berücksichtigung der nachhaltigen Entwicklung in einen der entscheidenden Erfolgsfaktoren ihrer Unternehmensstrategie um. So meinte etwa der Vorstandsvorsitzende des französischen Unternehmens *Veolia Environnement* anlässlich einer von der Regierung einberufenen Konferenz, dass das Engagement eines Unternehmens im Bereich der nachhaltigen Entwicklung nicht nur die Unternehmenstätigkeit gegenüber der Zivilgesellschaft legitimiere, sondern auch ein immer wichtigerer Faktor im globalen Wettbewerb werde und zunehmend ausschlaggebend für die Attraktivität für Investoren sei. Dieses Konzept ist heutzutage in Wirtschaftskreisen allgemein akzeptiert.

1.10 Der Dialog zu diesem Thema ist also bereits im Gange. Er wird engagiert und quer durch alle gesellschaftlichen Schichten geführt, insbesondere von den Wirtschaftstreibenden, den Sozialpartnern und den Umweltschutzorganisationen. Die zu beantwortende Frage lautet also: Wird durch die Berücksichtigung von Umweltschutzerfordernissen nur die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen geschmälert, oder kann sie auch eine Chance für die Entwicklung neuer Berufsfelder und Technologien sowie für die Erschließung neuer Märkte darstellen?

1.11 Die öffentliche Meinung, die Regierungen, die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Verbraucher und die Umweltschutzorganisationen dürfen sich nun nicht mehr mit theoretischen Diskussionen und Absichtserklärungen zufrieden geben, die keinerlei konkrete Auswirkungen auf die Praxis haben. Jetzt bedarf es präziser Analysen und konkreter Projekte, denn Politik ist die Kunst des Machbaren, selbst wenn ihr ein

Ideal vorschweben muss, das ihr Sinn verleiht. Ein gutes Beispiel für diesen Ansatz liefert die europäische Papierindustrie mit ihrer nachhaltigen Entwicklungsstrategie.

## 2. Umweltschutz, eine wirtschaftliche Chance?

2.1 Zur Beantwortung dieser Frage muss zunächst geklärt werden, ob einerseits die Entwicklung bestimmter Wirtschaftszweige nicht mit der Existenz einer intakten natürlichen oder ererbten Umwelt verknüpft ist und ob andererseits Umwelttechnologien tatsächlich geeignet sind, einen entscheidenden Beitrag zur Erreichung der in der Lissabon-Strategie festgelegten Ziele für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu leisten. Auch auf die Frage nach einem negativen Einfluss der Umweltschutznormen und -auflagen auf das Wirtschaftswachstum und die Wettbewerbsfähigkeit — und damit auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze — muss eine ehrliche Antwort gegeben werden.

2.2 Offensichtlich hängt der Tourismus- und Freizeitsektor von der Existenz einer intakten Umwelt ab. Es gibt ganze Regionen ja Staaten in Europa, deren wirtschaftliche und soziale Entwicklung weitgehend vom Tourismus abhängt. Eine intakte Umwelt ist eine unverzichtbare Voraussetzung für das Gleichgewicht in den betroffenen Gesellschaften. Verunstaltete Landschaften, Städte, die durch ein Übermaß an Immobilienspekulation verwüstet wurden, eine zerstörte Natur und verschmutzte Meere rufen und rufen noch stets unaufhaltsame wirtschaftliche Katastrophen hervor. Das gleiche gilt für Bereiche wie Fischfang, Landwirtschaft, ja sogar für die Jagd. Im Hinblick auf die Umwelttechnologien muss geprüft werden, ob sie zu mehr Wachstum und Innovation beitragen können, und es müssen Mittel und Wege gefunden werden, um ihre Entwicklung und Verbreitung zu fördern, ohne dass dabei der Wettbewerb verfälscht wird.

2.3 Angesichts des legitimen Strebens der Völker in den Entwicklungsländern nach einer mit unserer vergleichbaren Lebensweise bedarf es einer regelrechten technologischen Revolution, um der Verknappung der natürlichen Ressourcen und dem gesteigerten Druck auf die Umwelt zuvorzukommen, die entstehen würden, wenn diese Länder sich unter den heutigen technischen und wirtschaftlichen Bedingungen entwickelten. Nur weitreichende Innovationen können dazu beitragen, diese Problematik in den Griff zu bekommen, die in der Praxis bedeutet, dass 80 Prozent der Weltbevölkerung denselben Lebensstandard anstreben, der derzeit den wohlhabendsten 20 Prozent vorbehalten ist. Es ist also undenkbar, den Status quo, der in der Zukunft fatale Auswirkungen zeitigen würde, aufrechterhalten zu wollen. Gleichzeitig muss man sich jedoch auch vor Überreaktionen angesichts allzu pessimistischer Prognosen hüten. Es gibt eine Reihe von Erscheinungen (Abschmelzen der Gletscher, Bedrohung der Artenvielfalt, Zerstörung des Regenwaldes, Flutkatastrophen etc.), die auf eine globale Veränderung der Umwelt hindeuten und für die sowohl natürliche Ursachen als auch menschliches Handeln verantwortlich sind. Maßnahmen zur Reduzierung der negativen Auswirkungen auf die Umwelt, z.B. die Bekämpfung des sauren Regens durch Technologien zur Eindämmung des Schwefel ausstoßes, haben in besonderem Maße zur Verhütung des Waldsterbens in Europa beigetragen. Rechtzeitige Warnungen von Seiten der Umweltschützer haben — obwohl sie mitunter überzogen waren — häufig dazu geführt, dass Regierungen und Bürger aktiv wurden. Alle Beteiligten müssen ein Interesse daran haben, weiterhin an ausgewogenen Entwicklungen im vorbeugenden Umweltschutz zu arbeiten.

2.4 Neben den Technologien im Bereich der Industrieproduktion, an die natürlich zuerst gedacht wird, müssen auch jene im Bereich der Landwirtschaft, des Verkehrs und der Energieerzeugung, deren Einfluss auf die Umwelt und die Volksgesundheit nicht zu unterschätzen ist, berücksichtigt werden. Auch in diesen wichtigen Wirtschaftsbereichen sind Innovationen und Umwelttechnologien vonnöten.

2.5 Fortschritt und Wandel im Bereich der Wissenschaft und Technik haben naturgemäß Auswirkungen auf der sozialen Ebene. Dasselbe gilt für alle Neuerungen im Bereich der Umwelttechnologien, besonders wenn sie herkömmliche Technologien ersetzen sollen, die zwar bewährt sind, dem Umweltschutz aber nur in geringem Maße Rechnung tragen. Es ist notwendig, diesen Veränderungen — insbesondere durch Maßnahmen im Bereich der Aus- und Fortbildung — rechtzeitig vorzugreifen. Die richtigen und entsprechend konzipierten Instrumente und Verfahren vorausgesetzt, darf Umweltschutz nicht als etwas angesehen werden, was die Arbeitslosenzahl ansteigen lässt und der Deindustrialisierung Vorschub leistet. Es muss einen ständigen Dialog zwischen denen, die die Umweltschutzgesetze erlassen, und den Vertretern der wirtschaftlichen und sozialen Kräfte geben, um die Auswirkungen der geplanten Maßnahmen auf die Wirtschaftstätigkeit und den Arbeitsmarkt abzuschätzen und gegebenenfalls negative Folgen vorherzusehen und entsprechend auszugleichen.

2.6 Wir stehen also vor einer großen Herausforderung im Technologiebereich. Ist der politische Wille dazu vorhanden, so ist Europa dank seines wissenschaftlichen und technischen Know-hows dazu in der Lage, bei der Entwicklung maßgebender Umwelttechnologien eine Pionierrolle zu spielen. Umweltschutz mag zwar seinen Preis haben; es stellt sich jedoch die Frage, ob dieser Preis nicht geringer ist als der, den wir zu bezahlen hätten, blieben wir untätig.

### 3. Was versteht man unter dem Begriff „Umwelttechnologien“?

3.1 In der Praxis lassen sich zwei Arten von Umwelttechnologien unterscheiden:

- Umwelttechnologien, die zu einer Verbesserung technischer Abläufe oder der Herstellungsverfahren beitragen, indem sie diese „sauberer“ und „umweltfreundlicher“ machen. In diese Kategorie gehören zum Beispiel Katalysatoren, Schadstofffilter in den Schornsteinen von Industrieanlagen oder Methoden zur Steigerung der Energieeffizienz.
- Technologische Innovationen, die bereits von ihrer Konzeption her Umweltschutzprinzipien und die nachhaltige Entwicklung berücksichtigen. Hier sind etwa Windkraftwerke, Kraft-Wärme-Kopplung, Brennstoffzellen, Leuchtdioden (LED) u.a. zu nennen.

3.1.1 Die Grenze zwischen einer Technologie, die Umweltschäden vorbeugt, und jener, die Umweltschäden behebt, ist nicht leicht zu ziehen. Die angemessenen und nützlichen Prinzipien der integrierten Produktpolitik (IPP) <sup>(1)</sup> und der Richtlinie

zur integrierten Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (IVU) <sup>(1)</sup> vereinen in sich, übereinstimmend mit der Strategie für eine nachhaltige Entwicklung, sowohl ein Vorgehen zur Schadensbehebung als auch das Bemühen um eine Schadensvermeidung. Die Überlegungen bezüglich der Entwicklung von Produkten unter Berücksichtigung ihres gesamten Lebenszyklus führen dabei zu einer Einführung von Technologien, die dem Bemühen um die Gewährleistung einer nachhaltigen Entwicklung stärker gerecht werden.

3.2 Es muss betont werden, dass beide Arten von Technologien positive Auswirkungen auf die Umwelt haben und zum Wirtschaftswachstum und der Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen können.

3.3 Darüber hinaus sei erwähnt, dass der EWSA wiederholt darauf hingewiesen hat, dass die „Umweltindustrie“ in ihrer Gesamtheit betrachtet werden müsse und die Herausforderung u.a. auch darin bestehe, schrittweise alle Herstellungsverfahren und Produkte in Hinblick auf deren Umweltfreundlichkeit und die effiziente Nutzung von Ressourcen zu verbessern <sup>(2)</sup>.

3.4 Es lassen sich vier Arten von Umwelttechnologien unterscheiden: Technologien zur Verfahrensbeendigung, integrierte Technologien, progressive Technologien und radikale Innovationen (zum Beispiel die chlorfreie Chemie). Es wird häufig die Meinung geäußert, dass die integrierten und radikalen Technologien langfristig Wettbewerbsvorteile nach sich ziehen können. Die Schwierigkeit besteht darin, dass auf stark umkämpften Märkten die Unternehmen nicht immer die Möglichkeit haben, sich für langfristige Maßnahmen zu entscheiden. Sie wenden sich eher progressiven Verfahren zu, die jedoch eine weite Verbreitung von verbesserten Umweltschutzmaßnahmen im Rahmen der normalen Investitionszyklen gewährleisten.

3.5 Die Fortschritte bei der ökologischen Effizienz, die von der Industrie und vom Dienstleistungsgewerbe erzielt wurden und weiterhin erbracht werden, zeitigen eine zunehmende tatsächliche Verbesserung des Umweltschutzes. Dennoch bewirkt das Wirtschaftswachstum, besonders in den Schwellenländern, dass allen technologischen Fortschritten zum Trotz der Druck auf die Umwelt und die natürlichen Ressourcen stetig anwächst.

### 4. Stellen die Umweltschutzerfordernisse ein Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung dar?

4.1 In den letzten 30 Jahren entwickelte sich eine differenziertere Bewertung der unterschiedlichen Wachstumsfaktoren als noch zur Zeit des Wirtschaftswunders; dabei stellte sich heraus, dass die Fähigkeit eines Unternehmens, zum Wohle seiner Kunden und seiner Mitarbeiter sowie zum Schutz der Umwelt innovativ zu wirken und dabei die Qualität seiner Produkte und Herstellungsverfahren zu sichern, der beste Garant für den Bestand dieses Unternehmens — und damit auch für die Interessen seiner Aktionäre — ist.

<sup>(1)</sup> ABl. C 80 vom 30.3.2004.

<sup>(2)</sup> ABl. C 32 vom 5.2.2004.

4.2 Noch vor der Ausarbeitung gesetzlicher Regelungen bezüglich der nachhaltigen Entwicklung engagierte sich eine steigende Zahl von Unternehmen in diesem Sinne und machte ihre Aktivitäten sowie die hierbei erzielten Ergebnisse publik; dabei wurde ihnen von Seiten der Kunden, der Zivilgesellschaft, der Märkte und der öffentlichen Meinung wachsende Aufmerksamkeit zuteil.

4.3 Der aufgrund der Globalisierung der Wirtschaft stark gestiegene Wettbewerbsdruck hat dazu geführt, dass heute auch die Qualität der Umwelt und das soziale Gleichgewicht entscheidende Faktoren für die Attraktivität eines Standorts — sowohl für die Mitarbeiter als auch für die Investoren — sind. Es ist unabdingbar, dass diese Faktoren im Rahmen der Verhandlungen der WTO gebührend Berücksichtigung finden.

4.4 Es kann also zu Recht gesagt werden, dass die Leistungen eines Unternehmens auf dem Gebiet der nachhaltigen Entwicklung immer mehr den Ausschlag geben, wenn es darum geht, sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten und Kapital anzuziehen.

4.5 Dies führt zu der Schlussfolgerung, dass der Umweltschutz keineswegs — wie häufig vorschnell behauptet wird — generell ein Hindernis für die Wettbewerbsfähigkeit und das Wirtschaftswachstum darstellt. Der Markt hat bereits auf zahlreiche, durch die Gesetzgebung vorgegebene Herausforderungen bezüglich des Umweltschutzes reagiert; Beispiele dafür sind die Anforderungen in Bezug auf die Wasserqualität und die Abfallbehandlung. In beiden Bereichen haben die Umwelttechnologien eine kontinuierliche Entwicklung zu verzeichnen. Als wirtschaftliche Antwort auf diese Herausforderungen haben die Dienstleistungsunternehmen im Bereich Umweltschutz Arbeitsplätze geschaffen und gesichert. Die Zahl der in der Abfallwirtschaft Beschäftigten beispielsweise beläuft sich in Frankreich auf etwa 300 000.

4.6 Das Bemühen, sparsam mit den natürlichen Ressourcen umzugehen, kommt durch technische Innovationen zum Ausdruck, die mit einer sparsamen Bewirtschaftung und einer Kostenreduzierung einhergehen. So hat die Papierindustrie in den letzten Jahren beispielsweise ihren Wasserverbrauch beträchtlich gesenkt. Noch vor 15 Jahren waren etwa Hundert Kubikmeter Wasser nötig, um eine Tonne Papier herzustellen, heute reichen dazu im Durchschnitt 48 m<sup>3</sup> aus, wobei die dabei anfallende Schadstoffmenge um bis zu 90 % gesenkt werden konnte — ein Gewinn für die Umwelt, ein Vorteil aber auch in wirtschaftlicher Hinsicht.

4.7 Wie bereits festgestellt, hängt die Tourismus- und Freizeitbranche zu einem großen Teil von einer intakten natürlichen und ererbten Umwelt ab. Umweltschutzmaßnahmen sind in diesem Fall kein Hindernis, sondern die erste Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftliche Entwicklung. Schließlich ist der Tourismus ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für viele Mitgliedstaaten der Europäischen Union: In Spanien beispielsweise betragen im Jahre 2003 die Einnahmen aus dem Tourismus 41,7 Mrd. \$, in Frankreich 36,6 Mrd. \$, in Italien 31,3 Mrd. \$, in Deutschland 23 Mrd. \$, in Großbritannien 19,4 Mrd. \$, in Österreich 13,6 Mrd. \$ und in Griechenland 10,7 Mrd. \$. Es muss indes erwähnt werden, dass im Zusammenhang mit den Umweltzielen auch Widersprüche auftreten können. So kann der Landschafts- und Umweltschutz durch die Errichtung von Windparks gefährdet werden. Tatsache ist jedoch, dass der Tourismus in vielen europäischen Staaten in

erheblichem Maße für deren ausgeglichene Zahlungsbilanz verantwortlich ist, Arbeitsplätze schafft und es sich hierbei per definitionem um eine Tätigkeit handelt, die nicht ausgelagert werden kann.

4.8 Allerdings müssen sich die gesetzlichen Regelungen im Bereich des Umweltschutzes immer nach dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit richten. Es muss vermieden werden, dass die wirtschaftlichen Kosten der gesetzgeberischen Maßnahmen den für die Gesellschaft und den Umweltschutz erwarteten Nutzen übersteigen. Dem EWSA ist die Schwierigkeit entsprechender Berechnungen durchaus bewusst: Was kostet beispielsweise die menschliche Gesundheit? Es versteht sich von selbst, dass ein echtes Gleichgewicht zwischen den Kosten einer Umweltschutzmaßnahme und den Kosten der vermiedenen Schäden bestehen sollte. Gleichzeitig muss die Umsetzung der gesetzgeberischen Maßnahmen für alle Betroffenen auch tatsächlich durchführbar sein. Ließe man diese Aspekte außer Acht, so erzielte man möglicherweise das Gegenteil des gewünschten Effekts: Die Gesetze wären aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen sowie aufgrund des Widerstands seitens der Verbraucher kaum anwendbar.

4.8.1 Ein interessantes Beispiel sind die Unternehmen des Automobilsektors, die unter sehr eingeschränkten Bedingungen agieren müssen und deren Handlungsspielraum wegen des massiven Konkurrenzdrucks und des Verhaltens der Verbraucher, für die der Umweltaspekt im Gegensatz zum Preis, der Ausstattung und der Sicherheit zweitrangig ist, stark eingeengt ist. Unter diesen Bedingungen geht die Einführung von Umweltschutztechnologien schrittweise vonstatten, mehr durch allmähliche Verbesserungen als durch technologische Revolutionen, die heutzutage zu kostspielig sind, um einen wirklichen Absatzmarkt zu finden. Das Hybridfahrzeug Toyota Prius mit Benzin-/Elektroantrieb freilich ist ein gutes Beispiel für die Änderung des Kundenverhaltens; die Produktion musste kürzlich um 50 % gesteigert werden, um der weltweiten Nachfrage zu begegnen. Im Vergleich zur weltweiten Automobilherstellung fällt diese Nachfragesteigerung in absoluten Zahlen zwar nicht weiter ins Gewicht, nichtsdestotrotz ist dies eine vielversprechende Entwicklung.

4.8.2 Der Fall der Rußpartikelfilter ist in diesem Zusammenhang von Interesse. Dieselmotoren produzieren im Vergleich zu Benzinmotoren 25 % weniger CO<sub>2</sub>-Gase, stoßen jedoch gesundheitsschädliche Rußpartikel aus. Die Mehrkosten für einen Partikelfilter belaufen sich auf etwa 500 Euro (5-10 % der Kosten eines Kleinfahrzeugs). Die Automobilhersteller stehen, solange die Rußfilter nicht gesetzlich vorgeschrieben sind, vor der Wahl, sie fakultativ anzubieten oder serienmäßig einzubauen und damit ihre Marge zu reduzieren, da eine Anhebung des Preises sich unter den gegebenen Marktbedingungen als schwierig erweisen würde. In der Praxis entschieden sich 90 % der deutschen Kunden für den Rußpartikelfilter, während im restlichen Europa diese Zahl bei nur 5 % lag! Einige Automobilhersteller (!) entschieden sich demnach, ihre Fahrzeuge schrittweise mit dem Filter auszustatten und auf einen Teil ihrer Marge zu verzichten, aber es versteht sich von selbst, dass so nicht auf unbegrenzte Zeit verfahren werden kann, vor allem angesichts einer sehr lebhaften internationalen Konkurrenz. Der serienmäßige Einbau des Partikelfilters wird sich durchsetzen, aber in Schritten, die der Kaufkraft der Kunden Rechnung tragen, besonders wenn es um kleine Fahrzeuge geht.

(!) Beispielsweise PSA Peugeot Citroën und Opel.

Dieses Beispiel zeigt deutlich, wie Märkte für Umwelttechnologien entstehen: entweder dadurch, dass sich beim Verbraucher ein Bewusstsein durchsetzt, er also in der Investition einen Nutzen für sich oder seine Umwelt erkennt, oder aber durch gesetzgeberische Maßnahmen. Ein Großteil der bisherigen Erfolge im Umweltschutz ist auf die einschlägige Gesetzgebung zurückzuführen, wobei gerade der Automobilbereich ein gutes Beispiel hierfür ist (vgl. u.a. die Einführung des 3-Wege-Katalysators).

4.8.3 In dieser Branche gibt es weitere Möglichkeiten für umwelttechnologische Innovationen: Fahrzeuge mit elektronischer Anfahrtsphase, Verbesserung der Wiederverwertung von Fahrzeugen, Lärmbekämpfung, Erhöhung der Sicherheit. Die wichtigste Frage bleibt nach wie vor die nach den Kosten für diese Technologie.

4.8.4 Als Schlussfolgerung aus dem Beispiel des Automobilsektors ist festzuhalten, dass Umwelttechnologien nur dann weite Verbreitung finden, wenn sie wirtschaftlich lebensfähig sind, das heißt: Um effizient zu sein, muss eine kritische Masse erreicht werden. Die Einführung von Umwelttechnologien wird in der Praxis auf einem stark umkämpften Markt allmählich und kontinuierlich vonstatten gehen. Es ist daher notwendig, fundierte, wissenschaftlich untermauerte Studien zur Folgenabschätzung anzustellen, wobei nicht nur die Umwelt- und Marktbedingungen in der EU zu untersuchen sind, sondern auch die internationale Situation Berücksichtigung finden muss.

4.8.5 Ein weiteres Beispiel dafür, wie wichtig es ist, der Verhältnismäßigkeit Rechnung zu tragen, ist die Problematik im Bereich der verarbeitenden Industrie, also der Metall-, Chemie, Zellstoff- und Papierindustrie. Diese Industriezweige sind einem massiven internationalen Konkurrenzdruck ausgesetzt, gleichzeitig haben deren Herstellungsverfahren besonders starke Auswirkungen auf die Umwelt. Vergleichende Untersuchungen zeigen, dass die Produktion dieses Wirtschaftssektors in der EU in der Regel sehr umweltfreundlich ist, d.h. der Rohstoff- und Energieverbrauch sowie der Schadstoffausstoß so gering wie aufgrund der eingesetzten Produktionsverfahren nur möglich sind. Für diese Wirtschaftszweige gelten die strengsten gesetzlichen Umweltschutzaufgaben der Welt. Für den Umweltschutz können bessere Ergebnisse erzielt werden, wenn schrittweise in die neuesten und effizientesten Technologien investiert wird, was voraussetzt, dass die Unternehmen auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig sind. Entscheidend ist daher, dass Anforderungen an die Unternehmen im Bereich des Umweltschutzes immer mit der technischen Entwicklung und den Investitionszyklen des jeweiligen Wirtschaftszweiges Hand in Hand gehen. Sollten zu schnell zu hohe Anforderungen gestellt werden, so könnten die sich daraus ergebenden zusätzlichen Kosten oder das Fehlen einsetzbarer technischer Lösungen die Wettbewerbsfähigkeit und damit die Weiterführung der europäischen Produktionsstätten dieser Unternehmen gefährden.

## 5. Wie kann zur Entwicklung innovativer Umwelttechnologien beigetragen werden?

5.1 Versteht man unter innovativen Umwelttechnologien, dass diese bereits von ihrer Konzeption her auf den Umweltschutz und eine effizientere Nutzung der Ressourcen abzielen und damit im Gegensatz zu althergebrachten Technologien ste-

hen, so muss man zugeben, dass diese noch in den Kinderschuhen stecken.

5.2 Davon abgesehen weist die Situation hinsichtlich der einzelnen Umwelttechnologien starke Unterschiede auf. Windkraftwerke und die Wärme-Kraft-Kopplung sind heutzutage bereits dank der Unterstützung des Marktes durch eine sehr vorteilhafte Gesetzgebung eingehend erprobt und befinden sich bereits in der Phase der industriellen Produktion, werden aber auch künftig nur eine Ergänzung zu den anderen Formen der Energiegewinnung darstellen können. Leuchtdioden (LED) hingegen wurden erst vor kurzer Zeit auf den Markt gebracht, wo sie aber gut aufgenommen wurden und angesichts des technischen Fortschritts in diesem Bereich auch in Zukunft Erfolg haben dürften. So wird der 480 m hohe Oriental Pearl Tower in Schanghai nachts anhand dieser von einem europäischen KMU<sup>(1)</sup> entwickelten Technologie mit Leuchtdioden, die ein chinesisches Unternehmen<sup>(2)</sup> herstellt, beleuchtet. An anderen Verfahren, wie zum Beispiel an der Membrantechnologie im Bereich der Abwasserbehandlung, wird in den Forschungslabors derzeit noch gearbeitet. Daneben gibt es weitere Umwelttechnologien, die zwar anwendbar und nützlich sind, deren praktischer Einsatz jedoch nach wie vor stark beschränkt ist.

5.3 Um diese komplexe Situation handhaben zu können, bedarf es geeigneter Instrumente sowohl für die Finanzierung als auch für den Informationsaustausch und die Vernetzung sowie geeigneter gesetzlicher und steuerlicher Regelungen. Auch eine klare Bewertung der einzelnen Technologien bezüglich ihrer Machbarkeit und Nützlichkeit ist wichtig, um nur jene finanziell zu fördern, die tatsächlich vielversprechend sind.

5.4 Die zur Verfügung stehenden finanziellen, steuerlichen und gesetzgeberischen Instrumente müssen entsprechend der Entwicklungsphase, in der sich die betreffende innovative Umwelttechnologie befindet, gewählt werden:

- Mittel für Forschung, Machbarkeitsstudien und Unternehmensinkubatoren,
- Risikokapital für Start-ups,
- klassische Darlehen oder zinsvergünstigte Kredite in der Produktentwicklungsphase,
- steuerliche Anreize zur Marktkonsolidierung,
- Öko-Steuern, um weniger umweltfreundliche Technologien bei Vorhandensein von „sauberen“ Alternativen unattraktiver zu machen und die Forschung im Umweltbereich zu fördern.

Ein Markt für Treibstoffe landwirtschaftlichen Ursprungs (Biodiesel), deren Herstellung kostenintensiver ist als die der Produkte aus fossilen Brennstoffen, konnte sich in Frankreich beispielsweise nicht entwickeln, weil sie in demselben Maße wie herkömmliche Treibstoffe besteuert werden. Zur Ankurbelung von Herstellung und Verwendung solcher Treibstoffe könnte entweder für sie eine vorteilhaftere Besteuerung eingeführt oder aber in einem gewissen Verhältnis eine Mischung mit herkömmlichen Brennstoffen vorgeschrieben werden. Hier geht es darum, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den wirtschaftlichen Kosten, den vermiedenen Nachteilen und dem ökologischen Nutzen herzustellen.

<sup>(1)</sup> Citélium.

<sup>(2)</sup> Shanghai Communication Technology Developments Co Ltd.

5.5 Darüber hinaus müssen Netzwerke zum Informationsaustausch über vorbildliche Praktiken und umwelttechnologische Innovationen aufgebaut werden. Diese Informationsquellen sind sowohl für Unternehmer als auch die öffentliche Hand von besonders großer Bedeutung, da ihnen damit bei der Wahl zwischen herkömmlichen, erprobten Technologien, die deshalb auf den ersten Blick vertrauenswürdiger erscheinen, und jenen neuen umweltfreundlichen, die jedoch weniger bekannt und getestet sind, eine zuverlässige und fundierte Entscheidungshilfe an die Hand gegeben wird.

5.6 Noch wichtiger wird ein derartiges Informationsnetzwerk dann, wenn die Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand gezielt zur Verbreitung und Förderung von Umwelttechnologien eingesetzt werden soll. Obgleich dem öffentlichen Auftragswesen selbstverständlich ausreichend Bedeutung beizumessen ist, darf jedoch auch die Rolle der Privatunternehmen, die schneller und flexibler handeln können, keinesfalls vernachlässigt werden. Schon jetzt fordern manche Firmen von ihren Zulieferern die Einhaltung des Prinzips der nachhaltigen Entwicklung, nehmen in die Verträge mit diesen Betrieben vermehrt entsprechende Klauseln auf und bieten ihren Kunden Schulungen zu diesem Thema an.

5.7 Schließlich müssen auch die Vergabe von Öko-Siegeln sowie alle verfügbaren Preis- und Prämierungssysteme zur Förderung und Verbreitung von Umwelttechnologien eingesetzt werden.

5.7.1 Unter der finnischen Ratspräsidentschaft wurden 1999 Überlegungen über eine europäische Vision für Qualität initiiert und im Laufe des Jahres 2000 unter portugiesischer und französischer Präsidentschaft fortgeführt. Aus ihnen ging die Veröffentlichung eines wichtigen Dokuments unter der Federführung der europäischen Organisation für Qualität hervor. Einige der damals angestellten Überlegungen könnten im Hinblick auf die Umwelttechnologien nutzbringend wieder aufgegriffen werden.

## 6. Umweltschutz geht uns alle an

6.1 Aus dem Umweltschutz eine echte Chance für die Wirtschaft zu machen, ist nicht nur Sache von Umweltsachleuten. In so wichtigen Wirtschaftszweigen wie der Tourismus- und Freizeitindustrie ist er bereits ein grundlegender Faktor. Bezüglich der Umweltschutztechnologien liegt der Schlüssel zum Erfolg in der Schaffung eines realen Marktes für Umwelttechnologien und in der Wandlungsfähigkeit der Unternehmen. Es wäre nötig, die freiwilligen Initiativen, die in Sachen technologischer Innovation und Umweltschutz von Unternehmen oder Fachkreisen unternommen werden, besser zur Geltung zu bringen.

6.2 Führt der Einsatz von Umwelttechnologien durch den geringeren Energie- und Rohstoffverbrauch zu einer tatsächlichen Senkung der Produktionskosten, verhilft er dem Unternehmen und seinen Produkten zu einem besseren Image, steigert die Verkaufszahlen und senkt die Umweltkosten, so wird er

damit für die Betriebe zweifelsohne interessant und entwicklungsfähig. Grundvoraussetzung dafür ist jedoch, dass sie diese Technologien kennen und deren Effizienz richtig einschätzen können. Dies ist ein weiteres Argument für die Notwendigkeit, ein Netzwerk für den Informationsaustausch über vorbildliche Praktiken und umwelttechnologische Innovationen einzurichten, an dem sich staatliche Einrichtungen, Berufsverbände sowie Forschungs- und Technologiezentren beteiligen könnten.

6.3 Es bedarf hier des Engagements der Unternehmer und der Berufsverbände. Jenes der Kunden und Verbraucher ist jedoch nicht weniger wichtig, gäbe es doch ohne sie keinen Markt für umweltfreundliche Produkte. Es muss also gelingen, ein durch alle Bevölkerungsschichten gehendes Bewusstsein für die umweltspezifische und produktionstechnische Überlegenheit von Umwelttechnologien zu schaffen; andernfalls bleiben diese eine sympathische Randerscheinung der wirtschaftlichen Entwicklung, die ohne sie weiterläuft.

6.3.1 Es ist unabdingbar, dass die Umweltpolitik ihren wirtschaftlichen Einfluss zur Geltung bringt, wie auch die Wirtschaftspolitik die Umweltbelange berücksichtigen muss. In gewisser Weise müssen sie interaktiv sein, denn es kann sich kein Erfolg einstellen, wenn nicht die wirtschaftliche Durchführbarkeit und die positiven Auswirkungen der genannten Politiken auf die Umwelt berücksichtigt werden.

6.3.2 Des Weiteren müssen die sozialen Auswirkungen der Umweltschutzmaßnahmen und der Einführung von Umwelttechnologien möglichst frühzeitig berücksichtigt werden, damit die notwendige berufliche Fortbildung für das Personal, das sie in die Tat umsetzen soll, unter den besten Bedingungen und ohne die Gefährdung von Arbeitsplätzen vonstatten geht.

6.4 Durch die zunehmende Modernisierung und das dynamische Wirtschaftswachstum in den bevölkerungsreichsten Ländern wird die Entwicklung von effizienten Umwelttechnologien in großem Maßstab zu einem sehr wichtigen Faktor. Es bedarf neuer Konzepte für die wirtschaftliche, soziale und umweltpolitische Entwicklung, die auch in der Praxis umgesetzt werden müssen. Durch ihre besonderen Kompetenzen im Bereich der Umwelttechnologien könnte die Europäische Union der bevorzugte Partner der Entwicklungsländer sein und von den Möglichkeiten der Entwicklung neuer Märkte profitieren.

6.5 Die Erforschung und Entwicklung von Umweltschutztechnologien wirkt sich bereits heute vorteilhaft auf die Wirtschaft aus, wobei dieser positive Einfluss künftig noch stärker zum Tragen kommen kann, wie anhand konkreter Beispiele für die Umsetzung fortschrittlicher, integrierter oder auch radikal neuer Technologien erkenntlich ist. Sie ist aber auch eine Notwendigkeit, davon hängt schließlich unser aller Zukunft ab. Niemand hat das Recht — wider besseres Wissen — einfach wegzusehen, denn wir sind verantwortlich für den Zustand, in dem wir unseren Kindern und Kindeskindern den Planeten Erde hinterlassen.

Brüssel, den 28. Oktober 2004

Die Präsidentin  
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses  
Anne-Marie SIGMUND

## ANHANG

**zur Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses**

Der folgende Änderungsantrag, der über ein Viertel der abgegebenen Stimmen als Ja-Stimmen auf sich vereinigte, wurde abgelehnt:

**Ziffer 1.8 wie folgt ändern:**

„Die hier von einigen Seiten geäußerte Besorgnis und Kritik darf nicht einfach vom Tisch gewischt werden. ~~Sie richtet sich nicht gegen die Prinzipien und die Umweltpolitik per se.~~ Sie rührt ~~vielmehr~~ von der Überzeugung einiger Wirtschaftsbeteiligter her, dass es einen Widerspruch gibt zwischen den notwendigen Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum und für Beschäftigungszuwachs sowie der derzeitigen Praxis einerseits und den Umweltschutzbestrebungen andererseits, die sich in einer die Realität des wirtschaftlichen Wettbewerbs verleugnenden Überregulierung niederschlagen. Die Geringschätzung der entsprechenden Mechanismen, der Prozessentwicklung und der Strategien für deren Umsetzung sowie das schlechte Management in diesem Bereich scheinen die Ursachen der Probleme zu sein.“

*Ergebnis der Abstimmung:*

Ja-Stimmen: 46

Nein-Stimmen: 71

Stimmenthaltungen: 9

---